

Ortsgemeinde Ettringen Bebauungsplan „Unten auf Breitenholz“

W Ü R D I G U N G

der Anregungen geäußert aus erneuter Offenlage und Behördenbeteiligung gemäß § 4a (3) Baugesetzbuch

A N R E G U N G E N	06. Dezember 2021	W Ü R D I G U N G	12 662 Seite 1
---------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Koblenz, 18.11.2021

aus Sicht der Kreisverwaltung bestehen keine Anregungen oder Bedenken zu den vorgelegten Unterlagen.

Die Unterlagen wurden keiner planungsrechtlichen Prüfung unterzogen.

Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Gesundheitsamt, 15.11.2021

nach Prüfung der Planunterlagen bestehen aus Sicht des Gesundheitsamtes unter den nachfolgenden Voraussetzungen derzeit keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes für das Teilgebiet "Unten auf Breitenholz" der Ortsgemeinde Ettringen. Ziel der Planung ist die Schaffung von Wohnbauland für junge Familien zur Deckung der örtlichen Baulandnachfrage im Rahmen der gemeindlichen Eigenentwicklung. Dabei ist die Ausweisung eines "Allgemeinen Wohngebietes (WA)" vorgesehen. Der Ortsgemeinderat hat gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB festgelegt, dass Anregungen nur noch zu dem geänderten Bestandteil der Begründung zugelassen werden:

Das Sachverständigenbüro Meodor aus Steinfurt hat mit Datum vom 16.08.2021 einen ergänzenden Bericht zur Immissionsprognose Geruchsstoffe zum o.g. Bebauungsplan vorgelegt. Das zusammenfassende Untersuchungsergebnis hat ergeben, dass die zu erwartende Geruchsbelastung im Plangebiet unter 10 % der Jahresstunden als belästigungsrelevante Kenngröße im beschriebenen Betriebszustand der o.g. Tierhaltungen liegen wird. Im Plangebiet darf es darüber hinaus

In der Stellungnahme der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Gesundheitsamt vom 15.11.2021, mit zusammenfassender Wiedergabe der Planinhalte, werden keine Bedenken gegen das Planvorhaben vorgetragen.

Die Anregung, im Bebauungsplan darauf hinzuweisen, dass in unmittelbarer Nachbarschaft ein angestammter Betrieb mit Tierhaltung ortsansässig ist, wird zur Kenntnis genommen. Auf landwirtschaftliche Vorbelastungen wird unter der Rubrik Hinweise bereits verwiesen. Darüber hinaus wird der immissions-schutzbezogene Sachverhalt bereits ausführlich in der Begründung zum Bebauungsplan dargelegt.

1. Beschlussvorschlag: Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Planänderungsbedarf wird nicht erkannt.

W Ü R D I G U N G

zu keinen unzumutbaren Belästigungen durch die benachbarte Tierhaltung kommen. Wir regen an, ggf. im Bebauungsplan Bauwillige nachrichtlich darauf hinzuweisen, dass in unmittelbarer Nachbarschaft ein angestammter Betrieb mit Tierhaltung ortsansässig ist.

Bei Rückfragen, für Auskünfte und Beratung stehen wir darüber hinaus jederzeit gerne zur Verfügung.

Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Koblenz, 29.10.2021

Gemarkung Etringen
Projekt Bebauungsplan "Unten auf Breitenholz"

hier: Aufstellung

Beteiligungsart § 4 Abs. 3 BauGB

Betreff : Archäologischer Sachstand
:
Erdarbeiten : Unsere Belange sind berücksichtigt
: Textfestsetzung: Abschnitt "Hinweise", Absatz "Denkmalschutz",
Seite 14.

Überwindung / Forderung:

- Keine weiteren Forderungen: Unsere Belange sind berücksichtigt

Erläuterung Überwindungen/Forderungen

- Keine weiteren Forderungen: Unsere Belange sind berücksichtigt

Durch die aktuelle Textfestsetzung sind unsere Belange berücksichtigt.

Diese Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Belange der Direktion Landesarchäologie. Eine Stellungnahme der Direktion Landesarchäologie, Referat Erdgeschichte (erdgeschichte@gdke.rlp.de) sowie der Direktion Landesdenkmalpflege (landesdenkmalpflege@gdke.rlp.de) muss gesondert eingeholt werden.

Bei Rückfragen stehen wir gerne unter der oben genannten Rufnummer oder

<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Anzahl Stimmen ja	Enthaltungen	<input checked="" type="checkbox"/> wie Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Anträge u.ä. / abweichender Beschluss s. Rückseite
An der Abstimmung nah/m/en nicht teil: <i>Th. Speisley</i>					

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Belange der GDKE aus deren Stellungnahme vom 29.10.2021 in den Planunterlagen berücksichtigt worden sind. Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

Ortsgemeinde Ettringen Bebauungsplan „Unten auf Breitenholz“ A N R E G U N G E N	W Ü R D I G U N G 12 662 Seite 3
06. Dezember 2021	

Emailadresse zur Verfügung. Bitte geben Sie unser oben genanntes Aktenzeichen an.

Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Koblenz, 15.11.2021

anbei die pdf-Datei Ihrer gesendeten Anfrage.

Es werden planungsrelevanten keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

Zu dieser Maßnahme haben wir bereits am 05.10.2020 Fehlanzeige gemeldet.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

Diese Fehlanzeige hat heute noch Gültigkeit, da sich für uns keinerlei Veränderungen ergeben, welche Auswirkungen auf unsere damalige Meldung haben könnten.

Es sind keine Liegenschaften von uns betroffen.

IHK-Regionalgeschäftsstelle Mayen-Koblenz, Koblenz, 11.11.2021

vielen Dank für die Einbindung in das o. g. Verfahren. Da aus Sicht der IHK Koblenz keine wirtschaftlichen Belange durch die Planung betroffen sind, übersenden wir Ihnen keine Stellungnahme.

Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

Sollten im weiteren Verfahren Informationen vorliegen, die von Bedeutung für die hiesigen Unternehmen sind, bitten wir um erneute Einbindung der IHK Koblenz als Vertreter der regionalen Wirtschaft.

Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Koblenz, 22.11.2021

wir wurden von Ihnen erneut an der Bauleitplanung der Ortsgemeinde Ettringen, Bauungsplan "Unten auf Breitenholz" beteiligt und um Abgabe einer fachlichen Stellungnahme gebeten.

Die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Koblenz vom 22.11.2021 mit Verweis auf die weitere Gültigkeit der Stellungnahme vom 30.06.2021 wird zur Kenntnis genommen.

Hierzu verweisen wir vollumfänglich auf unsere Stellungnahme vom 30.06.2021 zum Bauungsplanverfahren "Unten auf Breitenholz" der Ortsgemeinde Ettringen.

In der Stellungnahme vom 30.06.2021 werden Bedenken aufgrund der an den Betrieb Ackermann unmittelbar heranrückenden Wohnbauung hinsichtlich

gen. Zwischenzeitlich wurde eine Ergänzung zur Immissionsprognose Geruchsstoffe mit Datum vom 16.08.2021 vorgelegt. Wie dieser Ergänzung zu entnehmen ist, treten im Plangebiet Geruchsbelastungen unter 10 % der Jahresstunden auf.

Aufgrund der an den Betrieb Ackermann unmittelbar heranrückenden Wohnbebauung sehen wir erfahrungsgemäß dennoch ein Konfliktpotential zwischen der geplanten Wohnbebauung und der vorhandenen Hofstelle. Daher halten wir unsere in der Stellungnahme vom 30.06.2021 aufgeführten Bedenken weiterhin aufrecht.

Geruch und Lärm geäußert. Mittels Schall- und Geruchsgutachten können derartige Bedenken jedoch fachlich fundiert ausgeräumt werden (siehe unter anderem Kapitel „Immissionsschutz“ der Begründung).

Der Ortsgemeinderat hat sich mit den bisher im Verfahren vorgetragenen Anregungen und Bedenken der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz bereits im Rahmen seiner bauleitplanerischen Abwägung umfassend auseinandergesetzt. Es wird auf die bisherigen Abwägungen und Beschlussfassungen verwiesen.

Neue Anregungen werden mit der aktuellen Stellungnahme nicht vorgetragen. Es wird daher kein neuer Abwägungs- oder Planänderungsbedarf erkannt.

2. Beschlussvorschlag: Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Planänderungsbedarf wird nicht erkannt.

<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmmehrheit	Anzahl Stimmen ja nein	Enthaltungen	<input checked="" type="checkbox"/> wie Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Anträge u.ä./abweichender Beschluss s. Rückseite
An der Abstimmung nahmen/nicht teil: <i>Yh. Spitzler</i>					

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Bonn, 27.10.2021

unsere Stellungnahme vom 31.05.2021 bleibt weiterhin bestehen. K-IV-692-21-BBP

In der Stellungnahme vom 31.05.2021 wurden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Bonn, 31.05.2021

Redaktioneller Hinweis: Zu Informationszwecken ist nachfolgend die Stellungnahme des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Bonn eingefügt.

Nürnberg

- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich.

Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Deutsche Telekom Technik GmbH, Mayen, 09.11.2021

wir danken Ihnen für die Mitteilung Ihrer Planungsabsichten.

Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

Die Telekom Deutschland GmbH – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegsicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.

Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Gegen die o.a. Planung haben wir keine Einwände.

**Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft mbH (RMR), Köln,
28.10.2021**

von der vorgenannten Maßnahme werden weder unsere vorhandenen Anlagen noch laufende bzw. vorhersehbare Planungen der RMR-GmbH sowie der Mainline Verwaltungs-GmbH betroffen.

Falls für Ihre Maßnahme ein Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft gefordert wird, muss sichergestellt sein, dass dieser nicht im Schutzstreifen unserer Leitungen stattfindet.

Sollten diese Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden, bitten wir um erneute Beteiligung.

Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen werden im Verfahren gemäß § 13 b BauGB nicht erforderlich.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

**Wasserversorgungs-Zweckverband „Maifeld-Eifel“, Mayen,
17.11.2021**

mit E-Mail vom 27.10.2021 hatten Sie uns zu der o. g. Bauleitplanung beteiligt.

Vom Wasserversorgungs-Zweckverband Maifeld-Eifel werden gegen die Bauleitplanung für das Teilgebiet „Unten auf Breitenholz“ in der Ortsgemeinde Ettringen zu dem ergänzenden Bericht zur Immissionsprognose Geruchsstoffe keine Anregungen vorgebracht.

Das Plangebiet kann mit einer Ortsrohreweiterung mit Trink- und Löschwasser mit 13,4 l/s über mindestens zwei Stunden erschlossen werden.

Ein darüber hinausgehender Bedarf ist über das öffentliche Trinkwassernetz nicht möglich. Sofern ein höherer Löschwasserbedarf leitungsgebunden sichergestellt werden soll, ist die Erschließung mit Löschwasser nicht sichergestellt.

Für das Plangebiet entsteht nach der Entgeltsatzung des WWZ Maifeld-Eifel Beitragspflicht.

Seitens der Stellungnahme des Wasserversorgungs-Zweckverbands „Maifeld-Eifel“ vom 17.11.2021 werden keine Anregungen vorgebracht. Die Trink- und Löschwasserversorgung gilt mit 13,4 l/s über mindestens zwei Stunden als gesichert.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

<p>Ortsgemeinde Ettringen Bebauungsplan „Unten auf Breitenholz“ A N R E G U N G E N</p>	<p>06. Dezember 2021</p> <p style="text-align: right;">W Ü R D I G U N G</p> <p style="text-align: right;">12 662 Seite 8</p>
--	--

Ortsgemeinde St. Johann, 27.10.2021

von Seiten der Ortsgemeinde St. Johann werden in dem o.a. Verfahren keine Anregungen vorgebracht.

Es werden keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Kenntnisnahme. Kein Abwägungsbedarf.

Rechtsanwältin Dr. Francois & Kollegen, Bitburg, 22.11.2021

aufgrund der Ergänzung zur Immissionsprognose vom 16.08.2021 ist folgende ergänzende Stellungnahme abzugeben:

Offensichtlich fand keine ausreichende Berücksichtigung der Lagerung/Zwischenlagerung von Gülle aus den Niederlanden auf der Hofstelle Josef Ackermann.

Dortin werden mehrmals jährlich erhebliche Gülemengen aus den Niederlanden verbracht und von dort aus auch wieder mehrmals im Jahr auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht.

Die Gülle muss mehrfach umgepumpt werden und es kommt zu einer erheblichen zusätzlichen Geruchslast.

Hierdurch kommt es zu erheblichen weiteren Geruchsbelastungen durch das beabsichtigte neue Wohngebiet.

Es muss weiterhin mit erheblichen Geruchsbelastungen durch Gülletransporte in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Baugebieten „Unten auf Breitenholz“ gerechnet werden, die die beabsichtigte Wohnsituation stark belasten werden.

Es muss daher mit einem erheblichen Geruchsstoffstrom hin zu dem neuen Baugebiet gerechnet werden.

Eine ausreichende Berücksichtigung dieser Tatsachen ist aus der ergänzenden Stellungnahme nicht erkennbar.

Insbesondere muss bei dem Geruchsstoffstrom auch ausreichend und sicher be-

Die Hinweise der Rechtsanwältin Dr. Francois & Kollegen, Bitburg vom 22.11.2021 bezüglich der Geruchsbelastung durch die Lagerung von Gülle auf der Hofstelle Josef Ackermann sowie durch Gülletransporte in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Baugebieten werden zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich der zusätzlichen Gülemengen aus den Niederlanden wird auf die Telefonnotiz der Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel vom 26.11.2021 verwiesen (siehe Anhang). So wurde seitens des Herrn Ackermann angegeben, dass lediglich einmal im vergangenen Jahr Gülle aus NRW in den Behälter eingebracht wurde (ca. 400 m³). Größere Umfänge seien auch künftig nicht zu erwarten. Zudem werde von November bis März lediglich Gärsubstrat aus einer ortsansässigen Biogasanlage in dem Güllebehälter gelagert, was mittels zwei Fahrten pro Woche in einem Güllefass erfolge.

Diesbezüglich wurden seitens des Geruchsgutachters ergänzende Auswertungen vorgenommen und die Ergebnisse in der Stellungnahme vom 06.12.2021 zusammengefasst. So heißt es dort wie folgt (kursive Schrift):

„[...] Ausgegangen wird von einer jeweils einstündigen Emissionszeit pro An- bzw. Ablieferung [...], so dass sich insgesamt auf der Grundlage ihrer Angaben eine Emissionszeit von ca. 100 Stunden pro Jahr ergeben würde, was einem Anteil von ca. 1,1 % der Jahresstunden entspricht.“

„[...] Wenn die o.g. 1,1 % der Jahresstunden Geruchsemissionen auch zu 1,1 % der Jahresstunden an zusätzlicher Geruchsbelastung (Geruchsemissionen) führen würden (was unwahrscheinlich ist, da der Wind nicht bei jedem Vorgang in Richtung des Plangebietes weht), würde die Geruchshäufigkeiten im Plangebiet um maximal 1-2 % d. J.-Std. steigen.“

W Ü R D I G U N G

rücksichtigt werden, dass es zu einer Intensivierung der Gülletransporte kommen kann, die dann zusätzliche Geruchsbelastungen hervorrufen werden.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Ausbreitungsrechnung [...] wäre mit einer Geruchsbelastung von maximal 8 % d. J.-Std. zu rechnen, womit (vorbehaltlich der fachbehördlichen Einschätzung) weiterhin von einer Einhaltung des Immissionswertes für Wohngebiete von 10 % d. J.-Std. zu rechnen ist.

Wie bereits oben ausgeführt, sollten die zusätzlichen Geruchsbelastungen durch die Verwendung des Güllebehälters als Zwischenlagerbehälter tatsächlich geringer bzw. nicht relevant sein, vorausgesetzt, die fachrechtlichen Vorgaben, also die „gute fachliche Praxis“ bzw. im technischen Bereich der „Stand der Technik“ werden eingehalten.

Im [Schreiben von Herrn Rechtsanwalt Reiter vom 22.11.2021] wird angemerkt, dass auch die Gülletransporte als Geruchsemissionsquelle zu berücksichtigen wären. Dazu Folgendes: Hier gilt nach unserer Auffassung ebenfalls die „gute fachliche Praxis“ bzw. der „Stand der Technik“. Danach ist es nicht nur möglich, sondern zu fordern, Gülletransporte in entsprechend dichten Behältern durchzuführen, so dass keine relevanten Emissionen und damit Immissionen entstehen.

Zusammenfassung: Es ist davon auszugehen, dass auch durch die im Schreiben von Herrn Rechtsanwalt Reiter vom 22.11.2021 genannten Vorgänge keine relevante Erhöhung der Belastung im Plangebiet hervorgerufen wird.“

Die nebenstehenden Bedenken werden daher relativiert und somit lediglich zur Kenntnis genommen. Zu Informationszwecken werden die vorstehenden Ausführungen des Geruchsgutachters redaktionell in die Begründung, Kapitel „Immissionsschutz“ aufgenommen.

3. Beschlussvorschlag: Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Planänderungsbedarf wird nicht erkannt. Die vorstehenden Erläuterungen werden ergänzend in die Begründung aufgenommen.

<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Anzahl	ja	nein	Stimmen	Enthaltungen	<input checked="" type="checkbox"/> wie Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Anträge u.ä. / abweichender Beschluss s. Rückseite
An der Abstimmung teilnehmen nicht teil:								
Ih. Spitzley								

Private Stellungnahme, Mendig, 25.11.2021

ich bin Miteigentümer bzw. Miterbe des Grundstücks „Unten auf Breitenholz, Flur 4, 39/4. Für dieses Grundstück ist, lt. Aussage von Ihrem Herrn Gäb, eine Festsetzung im Bebauungsplan als Lärmschutzbereich LSB4 geplant für dort zu errichtende Gebäude.

Hierdurch werden wir unmittelbar in eigenen Rechten verletzt, weil unser Grundstück durch diese beschränkende Festsetzung beträchtlich an Wert verlieren würde.

Ich hatte bereits einen Käufer für meine Grundstücke Flur 4 Nr. 653 und 654. Dieser hat jedoch von einem Kauf abgesehen, nachdem er den Bebauungsplan mit den textl. Festsetzungen mit seinem Architekten besprochen hat. Die entsprechenden Schreiben füge ich als Anlage bei.

Die beschränkende Festsetzung als LSB4 würde somit nicht nur zu einer drastischen Abwertung unserer Grundstücke führen, sondern sie ist auch nicht nachvollziehbar.

In unmittelbarer Nähe zu unserem Grundstück 39/4 befindet sich lediglich ein Parkplatz. Von diesem gehen keine Emissionen aus, welche eine Festsetzung als LSB4 rechtfertigen. In Bezug auf auftretende Spitzenpegel durch nahegelegene Stellplätze empfiehlt die Parkplatzlärmstudie für ein Mischgebiet für die Kritische Nachtzeit einen Mindestabstand von 19 Metern.

Beabsichtigte Wohngebäude auf unserem Grundstück hätten aber einen Abstand von mehr als 19 Metern zum nächsten Stellplatzrand. Es sind daher keine Spitzenpegelüberschreitungen zu erwarten, für das Grundstück Flur 4 Nr. 652 wurde bereits ein Sachverständigengutachten eingeholt. Dieses gelangte zu dem Ergebnis, daß die für ein Mischgebiet zulässigen Lärmpegel im Bereich des geplanten Wohnhauses eingehalten werden.

Zudem ist kein weiteres in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Grundstück mit der Festsetzung als LSB4 belastet.

Die geplante Festsetzung unseres Grundstücks Flur 4, 39/2 als LSB4 ist somit nicht gerechtfertigt und hat daher zu unterbleiben.

Die Stellungnahme des privaten Petenten wird zur Kenntnis genommen und nachfolgend gewürdigt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Flurstücke 653 und 654 außerhalb des in Rede stehenden Geltungsbereichs befinden und damit nicht Bestandteil der vorliegenden verbindlichen Bauleitplanung sind. Ferner werden vorliegend keine Lärmschutzbereiche mit der Bezeichnung LSB 4 (weder im Schallgutachten noch in der Planurkunde sowie Begründung) festgesetzt bzw. erwähnt. Zudem hat der Ortsgemeinderat gemäß § 4a (3) BauGB festgelegt, dass Anregungen nur noch zu dem geänderten Bestandteil der Begründung (Geruchsstoffe) zugelassen werden.

Die Stellungnahme wird daher lediglich zur Kenntnis genommen.

Zu Informationszwecken wird jedoch folgende ergänzende Erläuterung hinsichtlich der Stellungnahme gegeben:

Gemäß § 9 (1) Ziffer 24 BauGB können in Bebauungsplänen aus städtebaulichen Gründen Flächen und Maßnahmen für den Immissionsschutz festgesetzt werden. Im Fokus stehen bei dem vorliegenden Planvorhaben immissionsschutzrelevante Auswirkungen auf die geplante, schützenswerte Wohnbebauung, welche durch Gewerbelärm nicht unzulässig beeinträchtigt werden darf. Getroffene Schallschutzfestsetzungen beruhen auf Ergebnissen aus Schallgutachten, die deren Erforderlichkeit ermitteln und damit fachlich fundiert vorgeben.

4. Beschlussvorschlag: Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Planänderungsbedarf wird nicht erkannt.

<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Anzahl Stimmen ja nein	Enthaltungen	<input checked="" type="checkbox"/> wie Beschlussvorschlag <input type="checkbox"/> Anträge u.ä. / abweichender Beschluss s. Rückseite
An der Abstimmung nahmen/nicht teil: <i>Vh. Spitzley</i>				

Ortsgemeinde Efringen Bebauungsplan „Unten auf Breitenholz“ A N R E G U N G E N	W Ü R D I G U N G 06. Dezember 2021 12 662 Seite 11
--	---

06. Dezember 2021 *Herr Dipl.-Ing. Heuser-Grafing*
Projektnummer: 12 662

KARST INGENIEURE GmbH

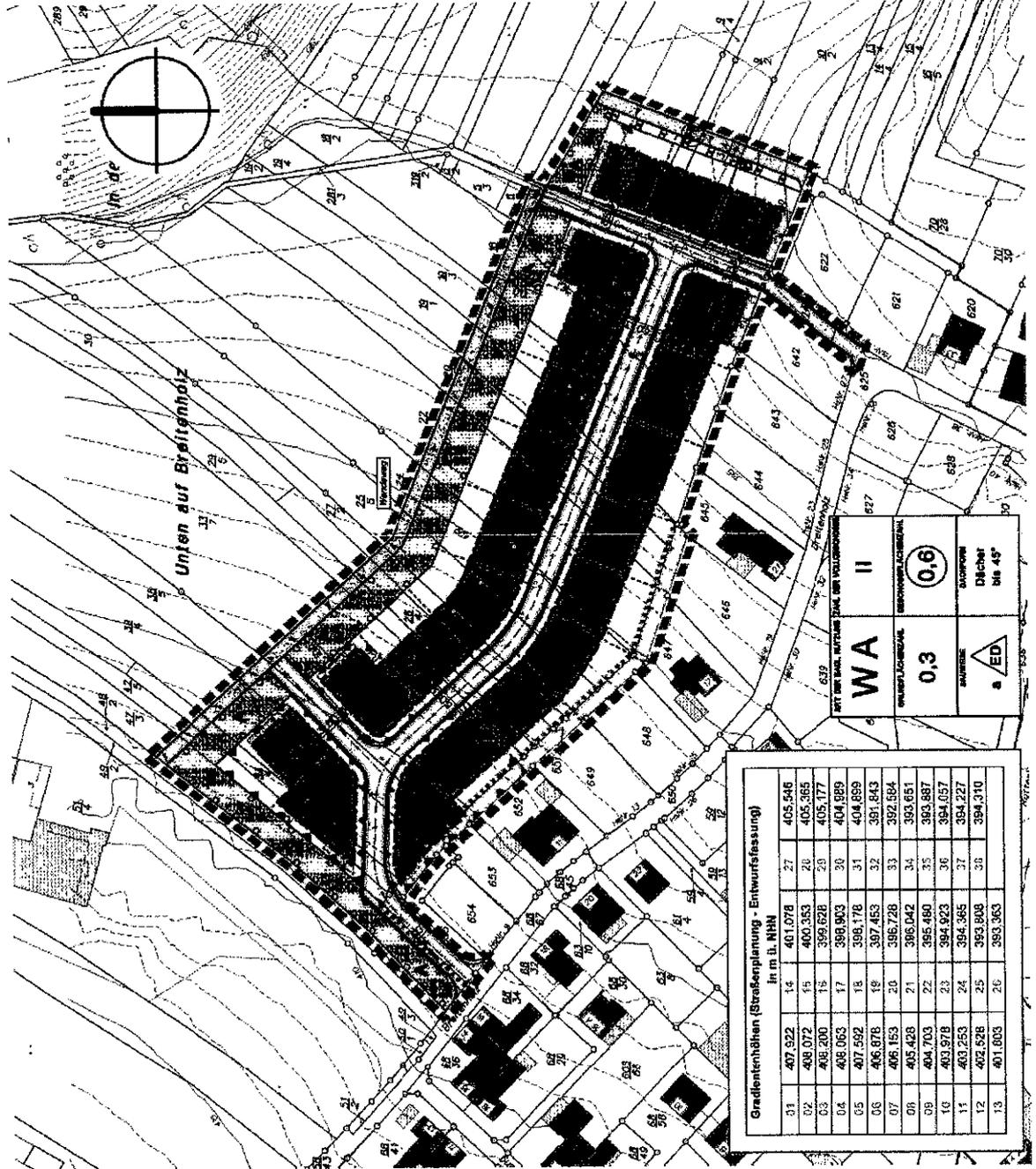
Anhang

- Bebauungsplan „Unten auf Breitenholz“ (Verfahrensstand: § 4a (3) BauGB, unmaßstäblich)
- Lageplan zur Stellungnahme der PLEdoc GmbH vom 04.11.2021
- Anlage zur privaten Stellungnahme vom 25.11.2021
- Telefonnotiz der Verbandsgemeindeverwaltung Vorderrifel vom 26.11.2021
- Stellungnahme des Geruchsgutachters vom 06.12.2021

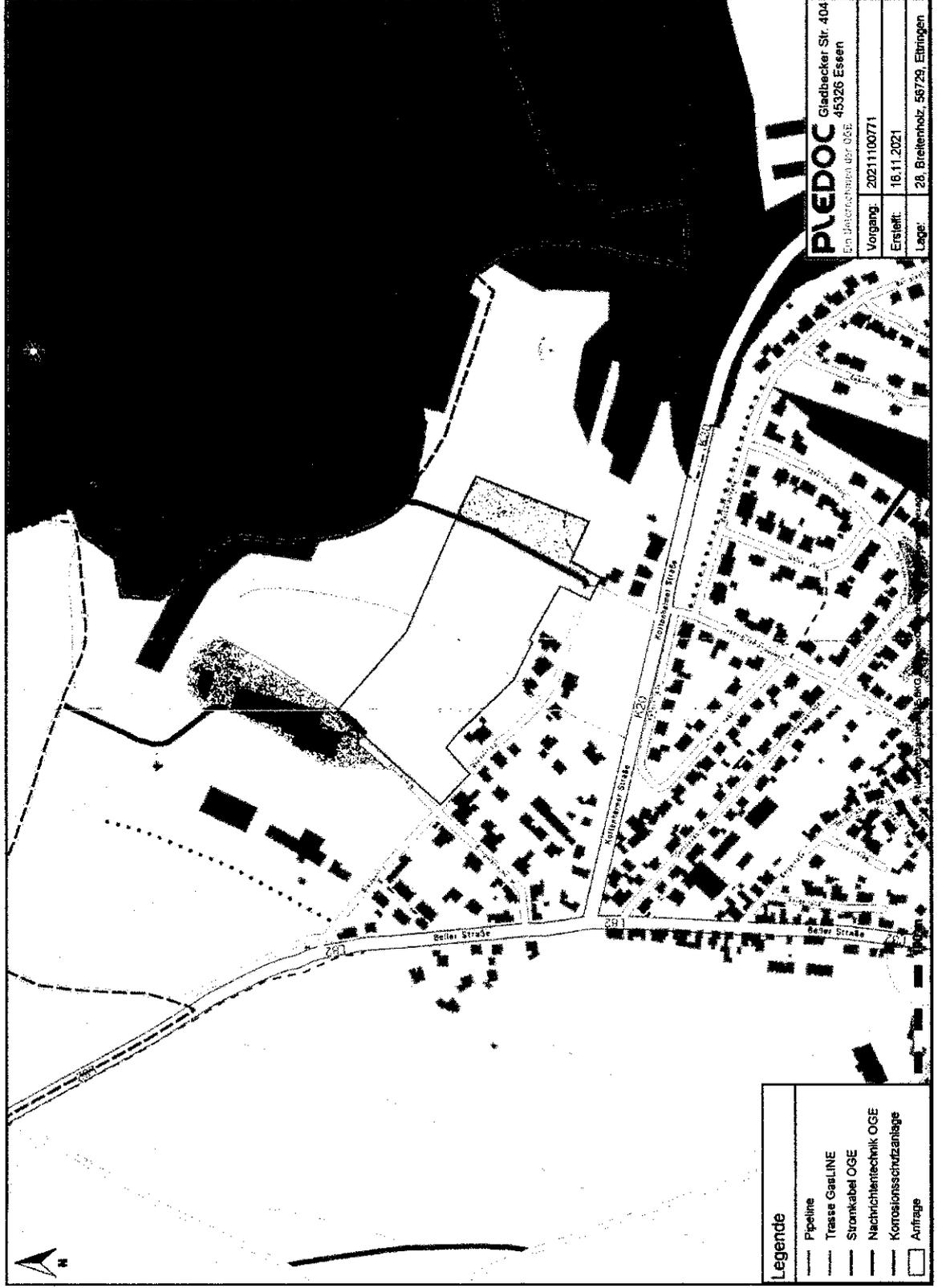
Separate Anlage

Ergänzung zur Immissionsprognose Geruchsstoffe, Sachverständigenbüro Meodor, 16.08.2021

Bebauungsplan „Unten auf Breitenholz“ (Verfahrensstand: § 4a (3) BauGB, unmaßstäblich)



Lageplan der PLEdoc GmbH zur Stellungnahme vom 04.11.2021



Telefonnotiz der Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel vom 26.11.2021

Verbandsgemeinde Vordereifel
FB 4.1 – nat. Lebensgrundlagen, Bauen
Mayen, 26.11.2021

Telefonnotiz

In der Angelegenheit

Bebauungsplan Eitringen, „Unten auf Breitenholz“
Einwendung RA Reiter für Werner Ackermann zu erheblichen Geruchsbeeinträchtigungen aus Gülleeinträgen an der Hofstelle Josef Ackermann.

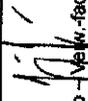
Wurde heute ein Telefonat geführt mit:

Betriebsinhaber Josef Ackermann, Eitringen

Ergebnis:

Zu den Angaben des Herrn RA Reiter befragt, teilt Herr Ackermann mit, dass lediglich einmal letztes Jahr Gülle aus NRW in den Behälter eingebracht wurde. Die Lieferung betrug ca. 400 tcm und wurde von ca. 15 LKW's gebracht. In einem größeren Umfang ist dies auch künftig nicht zu erwarten.

Ansonsten wird in den genehmigten Güllebehälter in der Winterzeit (Nov.-März) lediglich Gärsubstrat aus einer ortsnahen Biogasanlage gelagert. Dieses wird wöchentlich mit etwa 2 Fahrten mittels Güllefass angeliefert.


Gäb - Melw.-fachwirt

Stellungnahme des Geruchsgutachters vom 06.12.2021



Sachverständigenbüro Meodor
 Meodor UDL UG
 (haftungsbeschränkt)
 Behrensstraße 16, 48566 Steinfurt
 Meodor Barlen UK
 (haftungsbeschränkt)
 Im Bree 17, 48325 Berken
 Dienstleistungen im Umweltbereich
 Behrensstraße 16
 48566 Steinfurt
 Tel. +49 25 51 / 83 41 89
 Tel. 2 0 28 82 / 6180774
 E-Mail: anfragen@meodor.de

Berater
 Andreas Sowa, M.Sc.
 Mobil 01777506587
 Andreas.Sowa@meodor.de

Geschäftsbüro:
 Andreas Sowa, M.Sc.
 Wissenschaftliche Berater:
 Prof. Dr.-Ing. Stephan Schütz
 Christian Schwitz, Dipl.-Ing. (FH)

Ansprechpartner: Herr R. Lohola
 Steuern-Nr. 3117514074666
 USt-IdNr. DZ29688871

Kreissparkasse Steinfurt
 IBAN DE31 4935 1000 0073 0262 55
 BIC: WELA3333

Meador UDL UG (haftungsbeschränkt) · Behrensstraße 16 · 48566 Steinfurt
 Ortsgemeinde Ettringen
 Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel
 Herr Gäb
 Kelberger Straße 26
 56727 Mayen

Steinfurt, 06.12.2021

Geruchsgutachten Bauabwägungsplan „Unten auf Breitenholz“
 Ortsgemeinde Ettringen
 Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel
 Meine Projekt-Nr.: MU202002-10107

Untersuchungsergebnisse vom 24.03.2021 und 16.08.2021

Hier: Fachliche Stellungnahme
 zum Schreiben RA Reiter vom 22.11.2021 und
 Telefonnotiz Herr Josef Ackermann - VGV Vordereifel, 26.11.2021

Sehr geehrter Herr Gäb, sehr geehrte Damen und Herren,
 wie gewünscht hier meine fachliche Stellungnahme zu den o.g. Schrift-
 stücken/Informationen:

Im Schreiben von Herrn Rechtsanwalt Reiter vom 22.11.2021 weist die-
 ser auf Güllerfahrten und entsprechende Pumpvorgänge am Güllebe-
 hälter des Betriebes Josef Ackermann hin, die zu zusätzlichen Geruchs-
 einwirkungen auf den o.g. Bauabwägungsplan führen sollen.

Entsprechend der von Ihnen zur Verfügung gestellten Telefonnotiz
 nennt Herr Josef Ackermann die für seinen Güllebehälter zu erwarten-
 den Gülle-Anlieferungstransporte.
 Ihre Angaben habe ich ausgewertet, unter Verwendung der nachfol-
 gend genannten Annahmen die Mengen berechnet und die Abfuhr der
 Gülle hinzugefügt (vgl. nachfolgende Tabelle).

Schreiben an VG Vordereifel, Ortsgemeinde Ettringen
 Stellungnahme zum Schreiben RA Reiter vom 22.11.2021
 06.12.2021

Meodor UDL UG (haftungsbeschränkt)

Vorgang	Menge spezifisch [g m ³ /h]	Häufigkeit [h/a]	Menge [g m ³]	Emissions- zeit [h/a]
LKW-Anlieferung 15 LKW/4000 chm	27	15	405	15
Gärsubstrat Biogasanlage Nov.-März, 2 x pro Woche mit Güllefass (Güllefassgrößen allgem.: = 2 - 26 m ³ , Annahme: ≈ 10 m ³)	10	22	220	22
Gesamtmenge Anlieferung				625
Abfuhr (Zirkel)	10	63	630	63
Annahme: Güllefass 10 m ³				
			Emissionszeit pro Jahr:	100
			Anteil der Jahresstunden	1,1 %

Ausgegangen wird von einer jeweils einstündigen Emissionszeit pro An- bzw. Ablieferung ausge-
 gangen, so dass sich insgesamt auf der Grundlage ihrer Angaben eine Emissionszeit von ca. 100
 Stunden pro Jahr ergeben würde, was einem Anteil von ca. 1,1 % der Jahresstunden entspricht.

Hinweis: Dabei wird konservativ davon ausgegangen, dass während der gesamten
 Stunde Geruchsemissionen auftreten. Tatsächlich hat die An- und Ablieferung und da-
 mit das Umpumpen der Gülle/Gärsubstrate entsprechend der „guten fachlichen Praxis“
 zu erfolgen (vgl. Geruchsgutachten vom 24.03.2021, Seite 14), was bedeutet, dass von
 dem Pumpvorgang keine relevanten Geruchsemissionen verursacht werden dürfen
 (Dichtigkeit der Transportfahrzeuge/Leitungen, Pendelleitung, Sauberkeit etc.)

Wenn die o.g. 1,1 % der Jahresstunden Geruchsemissionen auch zu 1,1 % der Jahresstunden an
 zusätzlicher Geruchsbelastung (Geruchsimmissionen) führen würden (was unwahrscheinlich ist, da
 der Wind nicht bei jedem Vorgang in Richtung des Plangebietes weht), würde die Geruchshäuf-
 kungen im Plangebiet um maximal 1-2 % d. J.-Std. steigen.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Ausbreitungsrechnung (vgl. nachfolgende Darstellung)
 wäre mit einer Geruchsbelastung von maximal 8 % d. J.-Std. zu rechnen, womit (vorbehaltlich der
 fachbehördlichen Einschätzung) weiterhin von einer Einhaltung des Immissionswertes für Wohn-
 gebiete von 10 % d. J.-Std. zu rechnen ist.

Wie bereits oben ausgeführt, sollten die zusätzlichen Geruchsbelastungen durch die Verwendung
 des Güllebehälters als Zwischenlagerbehälter tatsächlich geringer bzw. nicht relevant sein, voraus-
 gesetzt, die fachrechtlichen Vorgaben, also die „gute fachliche Praxis“ bzw. im technischen Bereich
 der „Stand der Technik“ werden eingehalten.

